

Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten - Einleitung

Heidenreich, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heidenreich, M. (2006). Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten - Einleitung. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 289-292). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145344>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten – Einleitung

Martin Heidenreich

Soziale Ungleichheiten, soziale Klassen und Schichten werden bislang fast ausschließlich im nationalen Rahmen analysiert. Hierfür gibt es überzeugende Gründe: Der Sozialstaat hat sich im 20. Jahrhundert zum zentralen Garanten von Wohlfahrt und sozialer Sicherheit entwickelt. Die Wahrnehmung und Artikulation sozialer Risiken und Ungleichheiten ebenso wie ihre politische Bearbeitung erfolgen auch in einer global vernetzten Welt noch weitgehend auf nationaler Ebene. Nationalstaaten sind die größte bislang bekannte Ebene, auf der Gleichheitsnormen und Strukturen solidarischen Handelns wirksam verankert sind; nur auf nationalstaatlicher Ebene gibt es Adressaten für sozialpolitische Erwartungen und Ansprüche. Dies spricht für den »methodologischen Nationalismus« (Anthony D. Smith) der Ungleichheitsforschung.

Falls jedoch transnationale, auf die europäischen Integrationsprozesse zurückzuführende Entwicklungsdynamiken und soziale Prozesse die Verteilung knapper und begehrter Güter und Positionen und damit die Lebenschancen der Menschen in erheblichem Maße bestimmen und dies von der Bevölkerung auch so wahrgenommen wird, dann wäre dies ein Hinweis auf eine Europäisierung sozialer Ungleichheiten. Dies wäre der Fall, wenn die soziale Lage der Bevölkerung in erheblichem Maße von den Entscheidungen europäischer Institutionen bestimmt wird (Lagerungsbild), wenn soziale Mobilität zunehmend auch im europäischen Kontext erklärt werden muss (Systembild) und wenn Menschen ihre soziale Position auch in einem supranationalen, etwa europäischen Bezugsrahmen verorten (Mentalitätsbild). Keinesfalls impliziert die Europäisierungsthese jedoch, dass europäische Klassen und Schichten an die Stelle nationaler Schichtungsmuster treten.

Für eine so verstandene Europäisierung sozialer Ungleichheiten spricht etwa die Beobachtung, dass sich Einwohner ärmerer EU-Länder überproportional auch dann als arm empfinden, wenn ihr Einkommen oberhalb der nationalen Armutsschwellen liegt. Ein weiterer Hinweis ist die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrags durch die französische Bevölkerung, da dieser in wirtschaftlicher Hinsicht als zu liberal empfunden wurde. Die Zustimmung zur Fortführung der europäischen Integration wurde somit von einer sozialpolitischen Flankierung abhängig gemacht; die EU könnte sich zu einer »Zurechnungseinheit für Erwartungen

und Ansprüche« (M. Rainer Lepsius) entwickeln. Auf jeden Fall kann auch die EU die zunehmenden sozialen Ungleichheiten in den EU-Mitgliedstaaten und die erheblichen Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht mehr folgenlos ausblenden – und sei es nur, weil soziale Ungleichheiten zumindest in drei Dimensionen auf europäische Politiken zurückgeführt werden können: Zum einen auf die Liberalisierung der europäischen Güter-, Dienstleistungs-, Arbeits- und Kapitalmärkte, zum anderen auf die Osterweiterung, durch die Länder mit gänzlich unterschiedlichen Arbeitskosten, Steuer- und Sozialschutzsystemen in die EU aufgenommen wurden und drittens auf die Einführung einer gemeinsamen Währung, mit der eine eigenständige nationale Geld- und Wechselkurspolitik und damit wichtige Möglichkeiten zur gezielten Stimulierung der Wirtschaft und zur Reaktion auf unterdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen eliminiert wurden. Durch die Europäisierung der Rechtsprechung, der Geld-, Haushalts-, Regional- und Agrarpolitiken und der Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitsmärkte werden soziale Ungleichheiten zunehmend auf europäischer Ebene erzeugt und ansatzweise auch reguliert.

In den folgenden vier Beiträgen werden unterschiedliche Facetten dieser Europäisierungsprozesse beleuchtet. Zunächst diskutiert *Max Haller* die Frage, ob sich ein europäisches Paradigma der Ungleichheitsforschung trotz der unterschiedlichen Klassen- und Sozialstrukturparadigmen in verschiedenen europäischen Ländern herausbilden könnte. Angesichts der soziokulturellen und institutionellen Vielfalt der EU und der damit einhergehenden unterschiedlichen theoretischen Traditionen – die Haller am Beispiel Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der USA im Detail rekonstruiert – sei dies eher unwahrscheinlich. Aus Sicht einer kritischen Sozialwissenschaft sei dies auch nicht zu bedauern, da sich in einer so heterogenen Gesellschaft wie der EU vermutlich eher ein homogenes und ungleichheitsbejahendes Weltbild herausbilden würde. Eher unwahrscheinlich sei es, dass die sozialen Folgewirkungen der europäischen Integrationsprozesse kritisch beleuchtet würden.

Angelika Pofert diskutiert die Frage, ob sich die Gleichheits- und Solidaritätsnormen, die einer Diagnose sozialer Ungleichheiten zugrunde liegen, auf einer supranationalen Ebene überhaupt entwickeln können. Eine Voraussetzung hierfür sei ein neues Verständnis von Solidarität, das sich nicht an der Vorstellung einer (nationalen oder sonstigen) »Solidargemeinschaft« orientiert. Vielmehr gehe es um eine »entgrenzte Solidarität«, um eine »Politik der Humanität«, die eine Politik der Anerkennung an die Stelle nicht mehr tragfähiger Gemeinschaftsvorstellungen rückt und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse durch die Verständigung über Grundlagen und Maßstäbe der sozialen Teilhabe ergänzt.

Vor dem Hintergrund des möglichen EU-Beitritts der Türkei analysieren die nächsten beiden Beiträge die damit verbundenen Probleme und Herausforderungen für die Handlungsfähigkeit, den sozialen Zusammenhalt und die kulturelle Homo-

genität der EU. Zunächst diskutiert *Jürgen Gerhards* die Frage der kulturellen Homogenität der EU nach der letzten und möglichen zukünftigen Erweiterungsrunden, da hiervon sowohl die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU als auch die Bereitschaft zu einer finanziellen Solidarität mit ärmeren Mitgliedstaaten abhängt. Mit Blick auf die Trennung von Religion, Staat und Gesellschaft und die Vorstellungen zur Gleichstellung von Mann und Frau belegt der Autor erhebliche Unterschiede zwischen den bisherigen, den neuen und den (möglicherweise) zukünftigen Mitgliedstaaten der EU. Zu befürchten sei eine »kulturelle Überdehnung« der EU. Da die Einstellungen zur Trennung von Religion und Lebensführung allerdings vom Bildungsniveau der Befragten und dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der Länder abhängen, könnten sich die derzeit noch erheblichen kulturellen Unterschiede allerdings im Laufe wirtschaftlicher und soziokultureller Modernisierungsprozesse verringern.

Georg Vobruba ruft zunächst das Motiv der »eigennützigen Hilfe« in Erinnerung, das der bisherigen Expansionsdynamik der EU zugrunde liegt und das sich in einer variablen Geometrie konzentrischer Kreise dokumentiert. Anschließend rekonstruiert er die für den EU-Beitritt der Türkei als relevant angesehenen kulturellen, wirtschaftlichen, innen- und geopolitischen Kriterien und arbeitet heraus, dass der von ihm in etwa zwölf Jahren erwartete EU-Beitritt der Türkei vor allem durch globale geostrategische Interessen und Verpflichtungen erklärt werden kann. Angesichts des zunehmenden Widerspruchs zwischen Erweiterung und Vertiefung sei jedoch nur »eine Vollmitgliedschaft zu deutlich abgesenkten Konditionen« zu erwarten.

Vor dem Hintergrund dieser Beiträge müssen die Chancen für eine Europäisierung von Solidaritätsnormen, Ungleichheitsdiskursen und Sozialpolitiken eher skeptisch beurteilt werden. So verzichtet etwa Pöferl auf die Analyse der Durchsetzungschancen der von ihr vorgeschlagenen »Politik der Humanität«; angesichts der erheblichen kulturellen Unterschiede in der erweiterten EU sind Gerhards zufolge die Chancen für eine transnationale Solidarität minimal; Haller rekonstruiert die epistemischen, institutionellen und strategischen Barrieren für eine europäische Perspektive der Ungleichheitsforschung und Vobruba zufolge würde eine vollständige Integration der Türkei die transnationale Umverteilungsbereitschaft in der EU überfordern.

Damit kann eine deutliche Kluft zwischen den einleitend skizzierten wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozessen in Europa und einer nach wie vor auf den Nationalstaat konzentrierten Wahrnehmung, Konzeptualisierung und Bearbeitung sozialer Ungleichheiten festgestellt werden: Soziale Ungleichheiten, die in erheblichem Maße durch Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse verursacht und teilweise auch schon reguliert werden, werden noch weitgehend im nationalen Rahmen wahrgenommen, diskutiert und bearbeitet. Es ist zu erwarten, dass diese

Diskrepanz zwischen einer Europäisierung der Ursachen sozialer Ungleichheiten, einer europaweiten Koordinierung der Sozial- und Beschäftigungspolitiken und der nationalstaatlichen Thematisierung und Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten noch erheblichen Sprengstoff in sich birgt.

Die Diagnose eines »methodologischen Nationalismus« der Ungleichheitsforschung ist somit nicht als Vorwurf einer nationalstaatlichen Borniertheit zu verstehen, sondern als Hinweis auf eine der spannendsten Herausforderungen einer Soziologie sozialer Ungleichheiten: Wie gehen die Nationalstaaten mit den zunehmenden individuellen und regionalen Ungleichheiten in ihrem Territorium um? Wie ist die im europäischen Maßstab tendenziell zu beobachtende Abnahme individueller und regionaler Ungleichheiten zu erklären, obwohl im Kontext von Globalisierungs- und Weltgesellschaftstheorien eher eine Zunahme zu erwarten wäre? Welche Möglichkeiten eröffnen sich für eine europäische Sozialpolitik im Spannungsfeld wirtschaftlicher Globalisierungsprozesse und nationalstaatlicher Umverteilungspolitiken, wenn solidarische Rechte und Pflichten auf supranationaler Ebene nicht im selben Ausmaß und in derselben Weise wie auf nationalstaatlicher Ebene institutionalisiert werden können? Welche Ergebnisse wurden durch die bisherigen Harmonisierungs-, Koordinierungs-, Umverteilungs- und Regulierungsanstrengungen im Bereich der europäischen Sozial-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Regionalpolitik erzielt? So unterschiedlich die Themen und Thesen der folgenden Beiträge sein mögen – sie verbindet doch ein gemeinsames Interesse an der systematischen Bearbeitung dieser Fragen.